

# ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



## Inhalt

No. 2/2006

- 1 Stellungnahmen von Mitgliedern des Nationalrates zum Projekt „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“
- 4 Das Projekt „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ stellt sich vor
- 5 „Building Bridges“ - AWEPA stellt sich vor
- 6 Die EU-Afrika Strategie
- 7 Die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD)

Abgeordnete bei der AWEPA-Konferenz in Kapstadt „The New European Union and the New EU Strategy for Africa: Towards a Euro-Africa Pact to Accelerate Africa's Development. The Role of Parliamentarians“, Mai 2006

### Stellungnahmen von Mitgliedern des Nationalrates zum Projekt „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“

#### Nationalratspräsidentin Barbara Prammer

In den Entwicklungsländern sind die gewählten VolksvertreterInnen die FürsprecherInnen der Armen und Ärmsten, treten für wirtschaftliche und soziale Reformen ein und tragen somit entscheidend zu einer Good Governance bei.

In den Geberländern haben ParlamentarierInnen eine besondere Verantwortlichkeit bei der Budgetierung der Entwicklungshilfegelder sowie bei der Definition und Umsetzung entwicklungspolitischer Prioritäten.

Im Interesse einer professionellen und effektiven Unterstützung der Mitglieder des österreichischen Nationalrates bei der Erfüllung ihrer fortschreitenden entwicklungspolitischen Arbeit freue ich mich daher ganz besonders, dass zu Beginn dieser Legislaturperiode das von allen Parlamentsfraktionen unterstützte Projekt

„Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ des Österreichischen Nord-Süd-Instituts für Entwicklungszusammenarbeit seine Arbeit aufgenommen hat.

Die Länder des südlichen Afrikas gehören zu den ärmsten der Welt. Zur Erreichung der Millennium Development Goals und einer umfassenden europäischen Politik für Afrika müssen neue Wege und Kooperationen gefunden werden.



„ParlamentarierInnen nehmen eine prominente Rolle in der Entwicklungspolitik und im Kampf gegen die Armut ein.“

EU-Kommissionspräsident Barroso hat erst vor wenigen Tagen für eine strategische Allianz zwischen Afrika und

## Editorial



### Sehr geehrte Damen und Herren!

In der UN Millenniumserklärung haben sich die Regierenden der Welt verpflichtet, bis 2015 extreme Armut und Hunger zu beseitigen, eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten und eine globale Partnerschaft zu schaffen.

Die bis jetzt gesetzten Maßnahmen reichen dazu bei weitem nicht aus.

Die Welternährungsorganisation FAO zog heuer Bilanz über die Fortschritte in der Hungerbekämpfung. Das Ergebnis: Jedes Jahr steigt die Zahl der Hungernden um ungefähr 4 Mio. an.

Der Jahresbericht 2006 von UNDP dokumentiert, dass weltweit 1,1 Mrd. Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben und jährlich 1,8 Mio. Kinder an Durchfall und Folgekrankheiten sterben.

Die Herausforderung für Abgeordnete im Süden und im Norden ist es, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Trendwende zu schaffen. Nur echtes partnerschaftliches Denken und Handeln kann die heutigen Probleme lösen.

Die in der EU-Afrika Strategie empfohlenen Twinning Partnerships – auch zwischen Parlamenten – sollen gegenseitiges Verständnis fördern und Zusammenarbeit stärken.

Mit dem „Parlamentarischen Nord-Süd Dialog“ wollen wir dazu einen Beitrag leisten. Ich lade sie herzlich ein, sich an diesem Dialog zu beteiligen.

Ihre

NR a. D. Inge Jäger

der EU plädiert, bei der es sich nicht mehr um eine Beziehung zwischen GeberInnen und NehmerInnen, sondern um eine Zusammenarbeit als PartnerInnen und NachbarInnen handelt.

Ich bin davon überzeugt, dass dieses Projekt einen wertvollen Beitrag zu unseren Bemühungen darstellen wird, die Chancen und die Herausforderungen dieser Strategie aktiv wahrzunehmen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle sehr herzlich den entwicklungspolitischen SprecherInnen der österreichischen Parlamentsfraktionen für ihre Kooperationsbereitschaft sowie den Projektverantwortlichen für ihr unermüdliches Engagement danken.

Das Überleben von 6 Milliarden Menschen auf einer Welt muss gesichert werden. Versuchen wir gemeinsam, den Weg zu einer faireren, gerechteren Welt zu bewältigen.

### Entwicklungspolitischer Sprecher Franz Glaser (ÖVP)



Voneinander zu wissen und voneinander zu lernen – das sind wesentliche Voraussetzungen für eine zukunftsgerichtete Entwicklungszusammenarbeit auf partnerschaftlicher Basis. Geltung hat dieser Grundsatz auch für die Zusammenarbeit auf politischer Ebene.

So hat sich zwischen Europa und Afrika die AWEPa als Plattform der parlamentarischen Zusammenarbeit zu einem wichtigen Bindeglied entwickelt. Sie entspricht dem Gedanken, dass die Verantwortung der nationalen Parlamente in der Entwicklungszusammenarbeit und -politik zunimmt und zunehmen muss.

Das besondere Augenmerk Europas auf Afrika kommt nicht von ungefähr. Die ärmsten Länder der Welt liegen südlich der Sahara. Armutsbekämpfung, der Kampf gegen HIV/AIDS und andere

tödliche Krankheiten, der Zugang zu Bildung, der Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe und weltweit fairer Handelsbeziehungen sowie der Schutz und Erhalt unserer natürlichen Überlebensgrundlagen sind Schlüsselaufgaben, ohne die eine zukunftsfähige, nachhaltige Entwicklung nicht möglich ist.

In Afrika gibt es positive Entwicklungen, was die Eindämmung von Konflikten, die Demokratisierung und die Wahrung der Menschenrechte, aber auch was die wirtschaftliche Substanz betrifft. Doch viele ernsthafte Anstrengungen in Richtung nachhaltiger Entwicklung sind weiterhin notwendig. Positive Prozesse im Bereich Good Governance und Friedensarbeit müssen fortgesetzt werden.

---

„Partnerschaft zwischen  
Europa und Afrika stärken.“

---

Gerade hier kommt der parlamentarischen Begleitung große Bedeutung zu. Zum einen geht es darum, die Verwendung von Entwicklungsgeldern nachzuvollziehen, zum anderen um gemeinsame Anstrengungen in Demokratisierungsprozessen und in der Wahrung der Menschenrechte.

Europas Verpflichtung gegenüber Afrika ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, die sich auch aus der Geschichte begründet. Partnerschaftliche Kooperation ist die Grundlage, um dieser Verpflichtung auch weiterhin nachzukommen. Darüber hinaus geht es um eine weltweite Zusammenarbeit, um die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen zu können. Entwicklungspolitik liegt demnach im aufgeklärten Eigeninteresse.

### Entwicklungspolitische Sprecherin Petra Bayr (SPÖ)



Entwicklungspolitik wird im Parlament fast überall gemacht – im Landwirt-

schafsausschuss, wenn es darum geht, Agrarsubventionen abzubauen, in der Wissenschaft bei der Vergabe von Studienplätzen und Beihilfen, bei der Diskussion über bilaterale Wirtschaftsabkommen im Wirtschaftsausschuss und vieles mehr. Oft sind den Abgeordneten die Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf das Leben der Menschen in den armen Ländern nicht bewusst. Entwicklungspolitik ist eine breite Materie und muss als solche betrieben werden. Um das dementsprechende Bewusstsein bei vielen Abgeordneten zu schaffen, gibt es das Projekt „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ des österreichischen Nord-Süd Institutes für Entwicklungszusammenarbeit. Als einen ersten konkreten Ansatzpunkt wünsche ich mir eine parlamentarische Enquete zu den Millennium Development Goals.

Dabei könnte die Breite der Entwicklungsthemen gut klar gemacht werden, konkrete Handlungsansätze können besprochen werden und es kann daraus ein ernstzunehmender Fahrplan des österreichischen Parlamentes zur Erreichung dieser Ziele entstehen.

---

„Entwicklung wird aus Politik gemacht!“

---

Abgesehen von der Sensibilisierung der KollegInnen für die Entwicklungszusammenarbeit ist mir natürlich ein Wechsel in der praktischen Politik sehr wichtig. Höchste Priorität hat dabei ein gerechtes und faires Handels- und Wirtschaftssystem. Menschen-, Sozial-, Frauen-, Umweltrechte sowie die Rechte der Indigenen müssen endlich denselben Status bekommen, wie ihn der Schutz der Wirtschaftsinteressen schon längst hat.

Auch Österreichs Einfluss auf die europäische Wirtschafts- und Handelspolitik ist dabei wichtig: die Economic Partnership Agreements (EPAs), die gerade auf EU-Ebene mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) verhandelt werden, müssen Abkommen werden, die die Entwicklungsinteressen der armen Länder in den Mittelpunkt stellen. Nur so kann verhindert werden, dass die Rohstoffe dieser Länder weiterhin von den reichen Nationen ausgebeutet werden und die armen Länder in

neue Abhängigkeiten geraten. Umwelt- und Klimaschutz, die Bekämpfung von Armut und übertragbaren Krankheiten, Bildung und Gesundheitsvorsorge, das Recht auf sauberes Wasser und Nahrung, die Selbstbestimmung der Frauen, Demokratie und Mitbestimmung, Friedenssicherung und Konfliktbewältigung, das gerechte Verteilen des Wohlstandes in unserer Welt und vieles mehr sind Herausforderungen, an denen wir rasch arbeiten müssen, damit wir die Chance haben, diesen Planeten auch noch für unsere Urenkel lebenswert zu erhalten.

### Entwicklungspolitische Sprecherin Ulrike Lunacek (Die Grünen)



Der Austausch zwischen ParlamentarierInnen und MitarbeiterInnen ist innerhalb der EU ziemlich gut ausgebaut. Kaum blicken wir jedoch in andere Erdteile, ist das gegenseitige Wissen minimal. „Gute Regierungsführung“ ist in den letzten Jahren als Forderung gegenüber den Ländern des Südens immer wichtiger geworden. So sind eine gut funktionierende Demokratie sowie nachhaltige Entwicklung sowohl von einem lebendigen, funktionierenden Parlament als Kontrollinstanz staatlichen Handelns als auch von einer verantwortlichen Verwaltung und einer kritischen Zivilgesellschaft abhängig.

Dass Frauen dabei auf allen Ebenen eine zentrale Rolle spielen, sollte gar nicht mehr extra betont werden müssen, auch wenn mir bewusst ist, dass es gerade in den Parlamenten und Regierungen – egal in welchen Teilen der Welt – noch nicht nach gleichen Rechten aussieht. Einzig im ruandischen Parlament gibt es einen knapp 50% Frauenanteil.

„Gute Regierungsführung“ betrifft aber nicht nur die Regierungen in den soge-

nannten Entwicklungsländern. Sie gilt auch für uns in den hochindustrialisierten Ländern, denn es geht um die Umsetzung einer mit entwicklungspolitischen Zielen vereinbarten (Außen-) Politik insbesondere in Handels-, Finanz- und Wirtschaftsfragen. Und wieder sind die ParlamentarierInnen der Industrieländer, und damit auch der EU und Österreichs, gefordert, diese entwicklungspolitische Kohärenz voranzutreiben.

---

„Parlamentarische Zusammenarbeit mit Mosambik – ein zukunftsweisendes Projekt!“

---

Das Projekt „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ berücksichtigt beide Aspekte. Einerseits soll verstärkte Kooperation zwischen den Parlamenten von Österreich und Mosambik aufgebaut werden, andererseits sollen österreichische Abgeordnete informiert und sensibilisiert werden.

Denn es ist schon auffallend, wie wenig auch im österreichischen Parlament „über den Tellerrand“ geblickt wird, wie schwierig es etwa ist, engagierte und vorinformierte Abgeordnete aller Fraktionen zu Gesprächen mit besuchenden Abgeordneten aus anderen Erdteilen – sei es Afrika, Lateinamerika oder Asien – zu gewinnen. Das angepeilte Projekt sollte hier den Boden aufbereiten, damit sich mehr österreichische Abgeordnete für Afrika, besonders auch für Mosambik, interessieren!

Schließlich soll auch das parlamentarische Netzwerk AWEPA unterstützt werden, das sich ebenfalls einer verstärkten parlamentarischen Kooperation verschrieben hat. Ein längst überfälliges und notwendiges Projekt, dem ich viel Erfolg und auch Nachfolgeprojekte wünsche!

# Das Projekt „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ stellt sich vor

## Ein Projekt zur Parlamentsförderung

Friede, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind Grundvoraussetzungen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Angesichts dessen sind die Förderung von parlamentarischer Arbeit im südlichen Afrika sowie die Informationsvermittlung zu entwicklungspolitischen Themen in Parlamenten des Nordens eine Notwendigkeit.

Darüber hinaus fordert die vom Rat der Europäischen Union verabschiedete EU-Afrika Strategie verstärkte, über die öffentlichen und diplomatischen Beziehungen hinausgehende Formen von Partnerschaften und Kooperationen.

Unterstützt von den PräsidentInnen des Nationalrates, den entwicklungspolitischen SprecherInnen der Parteien und dem Parlamentsdirektor verfolgt das Projekt des Österreichischen Nord-Süd Institutes für Entwicklungszusammenarbeit das Ziel, den parlamentarischen Nord-Süd Dialog zu fördern.

Ein Beirat, bestehend aus diesen RepräsentantInnen bzw. deren StellvertreterInnen, VertreterInnen der politischen

Akademien und den Projektmitarbeiterinnen, entscheidet über die Inhalte, den Projektverlauf und Veranstaltungen im österreichischen Nationalrat.

Die Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung des zweijährigen Projektes ist die selbstverständliche Einbeziehung aller Parlamentsparteien sowie die überparteiliche Vertretung des Projektes.

---

Förderung entwicklungspolitischer Themen und des parlamentarischen Nord-Süd Dialogs

---

Das von der österreichischen Entwicklungsagentur ADA (Austrian Development Agency) geförderte zweijährige Projekt (Mai 2006 - April 2008) ist auf drei Säulen aufgebaut:

1. Informationsvermittlung für Abgeordnete und MitarbeiterInnen des Parlamentes zu entwicklungspolitischen Themen wie unter anderem die neue EU-Afrika Strategie, die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD), die Erreichung der UN-

Millenniumsziele, die Bekämpfung von HIV/AIDS, die Verschuldensproblematik u.a.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt sind Fragen der Politikkohärenz sowie die Dialektik zwischen der Unterentwicklung im Süden und legislativen Maßnahmen im Norden. So kann europäische Handels-, Steuer-, Agrar-, Umwelt-, Rüstungsexport- oder Einwanderungspolitik in vielfältiger Weise negative soziale, wirtschaftliche und politische Auswirkungen auf die Bevölkerung des Südens haben.

Die Vermittlung dieser Inhalte erfolgt in Form von Informations- und Kulturveranstaltungen, die für das Projekt eingerichtete Website, den vier Mal jährlich erscheinenden Newsletter sowie über persönliche Interaktion.

2. Stärkung der AWEPA-Sektion (Association of European Parliamentarians for Africa) im österreichischen Parlament durch Mitgliederwerbung sowie durch regelmäßige Information über AWEPA Aktivitäten und Veranstaltungen.

links: Abgeordneter Ben Turok (Südafrika), Vorsitzender der NEPAD Kontaktgruppe für Afrikanische Abgeordnete, Mitglied der südafrikanischen parlamentarischen Arbeitsgruppe zur Afrikanischen Union, Abgeordneter Bruce Malcom (England), Abgeordneter Alfa-Naiki Berry (Benin), Generalsekretär des Parlamentarierforums von NEPAD

rechts: Abgeordnete aus Uganda



3. Aufbau einer parlamentarischen Partnerschaft bzw. einer politischen oder technischen Kooperation zwischen dem österreichischen und dem mosambikanischen Parlament. Mosambik wurde ausgewählt, weil es ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist. Außerdem fördert AWEPA seit vielen Jahren das Parlament in Mosambik durch Capacity Building und seit kurzem auch die regionalen Parlamente mit Geldern der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Die Ausgangsbasis für die Partnerschaft ist die Überzeugung, dass sie positive Auswirkungen auf beide Parlamente haben wird, da Erfahrungen ausgetauscht werden und Wissen in beide Richtungen transferiert wird. Darüber hinaus sollen verfügbare Ressourcen für das mosambikanische Parlament identifiziert werden.

Das Projekt wird von der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit finanziert und vom Österreichischen Nord-Süd Institut für Entwicklungszusammenarbeit (ÖNSI) durchgeführt.

Projektverantwortliche:

NR a. D. Inge Jäger, Programmleiterin, ehemalige Vorsitzende des Entwicklungspolitischen Unterausschusses

Mag.<sup>a</sup> Nadja Schuster,  
Mag.<sup>a</sup> Jutta Kepplinger,  
Programmmreferentinnen

Mehr Informationen zum Projekt erhalten sie auf unserer Homepage:  
<http://www.nordsued-dialog.org>

## „Building Bridges“ – AWEPA stellt sich vor

„Building Bridges“ ist der Leitspruch der 1984 gegründeten Organisation Association of European Parliamentarians for Africa oder kurz AWEPA.

Von europäischen ParlamentarierInnen ursprünglich ins Leben gerufen, um die Menschen in Südafrika in ihrem Kampf gegen die Apartheid und für mehr Menschenrechte zu unterstützen, sieht sich AWEPA heute als Dialogplattform zur Unterstützung von nachhaltiger Demokratisierung und Entwicklung in ganz Afrika.

Die Institution des Parlamentes in den Nationalstaaten wird als Brücke zwischen der Regierung und der Gesellschaft verstanden. Analog dazu engagieren sich die Mitglieder von AWEPA als BrückenbauerInnen im Aufbauprozess junger Demokratien auf dem afrikanischen Kontinent.

Hauptaugenmerk von AWEPA liegt dabei einerseits in der Informationsarbeit. Man ist bemüht, Abgeordnete und Regierende beider Kontinente gleichermaßen über die Herausforderungen und Problemstellungen des jeweils anderen zu informieren.

Andererseits wird durch den Aufbau regionaler Kooperationen und Investi-

tionen in Konfliktprävention der Prozess von Good Governance, also der Prozess des guten = richtigen Regierens, gefördert. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt dabei in der Entwicklung von Humankapital, in der Förderung des Respekts von Menschenrechten sowie in der Unterstützung von friedensbildenden Maßnahmen.

Mitglieder von AWEPA rekrutieren sich einerseits aus dem europäischen Parlament und sind andererseits Abgeordnete der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsländer. Derzeit unterstützen rund 1500 ParlamentarierInnen das Anliegen von AWEPA, Afrika auf der politischen Agenda Europas nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Auf afrikanischer Seite zählen neben den nationalen Parlamenten die Afrikanische Union (AU) und NEPAD zu den wichtigsten Partnern. Internationale Unterstützung wird u.a. durch die Zusammenarbeit mit UNIFEM, UNDP und UNICEF gewährleistet.

Finanzielle Unterstützung erhält

AWEPA vor allem von der Europäischen Kommission, nationalen Parlamenten, den Vereinten Nationen sowie von anderen internationalen Geldgebern.

Die größten Herausforderungen der nächsten Jahre stellen sich für AWEPA wie folgt dar:

- 50% der Menschen leben mit weniger als 1 US\$ pro Tag
- 25 Millionen Menschen in Afrika sind HIV-positiv oder haben AIDS
- Auf dem afrikanischen Kontinent leben rund 14 Millionen AIDS-Waisen
- Politische Instabilität in Somalia, Burundi, der Demokratischen Republik Kongo sowie rund um die Region der großen Seen

Mit derzeit rund 150 Projekten im Jahr versucht AWEPA an ihren 6 Standorten auf dem afrikanischen Kontinent (Südafrika, Mosambik, Kenia, Burundi, Ruanda, Uganda) diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

AWEPA ist bemüht, auch in Österreich

Foto links:  
AWEPA Präsi-  
dent Jan Nico  
Scholten

Foto rechts:  
AWEPA Pro-  
grammkoordi-  
nator Ostafrika  
Marc Holtkamp  
und Konferenz-  
teilnehmerInnen



eine möglichst große Anzahl von ParlamentarierInnen von der Wichtigkeit des Nord-Süd Dialoges zu überzeugen. Derzeit sind 19 österreichische ParlamentarierInnen Mitglied bei AWEPA.

Im Rahmen des Projektes „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ nimmt AWEPA als Projektpartner eine zentrale Rolle ein. Vor allem im Hinblick auf den Aufbau der parlamentarischen Partnerschaft mit dem mosambikani-

schen Parlament verfügt AWEPA über Fachwissen und Erfahrungen, die für den Erfolg des Projektes entscheidend sein können.

Durch eine größere und stärkere AWEPA Sektion im Hohen Haus werden wichtige Voraussetzungen für den Aufbau einer parlamentarischen Partnerschaft bzw. einer politischen oder technischen Kooperation zwischen dem Parlament Österreich und dem Parla-

ment Mosambik einerseits und für die langfristige Förderung des parlamentarischen Nord-Süd Dialoges andererseits geschaffen. Informieren Sie sich über AWEPA Aktivitäten, Seminare und Konferenzen und werden Sie Mitglied!

Sollten Sie Interesse haben, mehr über AWEPA zu erfahren, wenden Sie sich bitte an: [jaeger@nordsued-dialog.org](mailto:jaeger@nordsued-dialog.org)

## Die EU-Afrika Strategie

Die EU-Afrika Strategie soll es der Europäischen Union erleichtern, in Fragen der Zusammenarbeit mit Afrika einheitlicher und koordinierter zu agieren.

Die Strategie, welche vom Rat der Europäischen Union nach langen Konsultationen mit der Kommission und dem Parlament im Dezember 2005 verabschiedet wurde, hat sich zur Aufgabe gemacht, nachhaltige Entwicklung in Afrika zu fördern und den Dialog zwischen als gleichberechtigt zu betrachtenden PartnerInnen zu stärken.

Durch die Bündelung aller bisherigen EU-Abkommen, die Afrika betreffen – Euro Mediterranean Partnership, European Neighborhood Programme und das Abkommen von Cotonou – soll europäische Afrika-Politik künftig transparenter, kohärenter und leichter nachvollziehbar gemacht werden können.

Die EU-Afrika Strategie verfolgt im Wesentlichen folgende Ziele:

1. Förderung der nachhaltigen Entwicklung in Afrika
2. Etablierung eines starken Dialogs zwischen als gleichberechtigt zu betrachtenden PartnerInnen
3. Erreichen der Millennium Development Goals (MDGs)
4. Stärkung von Sicherheit und Demokratie in Afrika

Für das Erreichen dieser Ziele werden in der Programmatik fünf Themenschwerpunkte aufgegriffen: Sicherheit, Menschenrechte und Good Governance, Entwicklungshilfe, Nachhaltigkeit in wirtschaftlicher Entwicklung und regi-

onaler Integration sowie Investieren in Menschen. Im Detail sehen die Vorstellungen der Europäischen Union wie folgt aus:

### Sicherheit

In vielen afrikanischen Ländern gibt es Probleme mit innerstaatlicher Sicherheit. Ethnische Konflikte und Bürgerkriege haben die Lage mancherorts derart destabilisiert, dass durch Staatszerfall die innerstaatliche Sicherheit vor große Herausforderungen gestellt wird.

Verstärkte Kooperation mit der Afrikanischen Union und sub-regionalen Organisationen soll helfen, klare, langfristig wirksame und flexible For-

men der finanziellen Unterstützung für afrikanische Sicherheit aufzubauen.

### Menschenrechte und Good Governance

Beim Wiederaufbau staatlicher Strukturen nach Bürgerkriegen soll nach dem Willen der EU-Afrika Strategie besonders darauf geachtet werden, dass für die Einhaltung der Menschenrechte und für Good Governance garantiert werden kann. Wie auch schon im Abkommen von Cotonou vorgesehen, soll eine Intensivierung des politischen Dialogs den Aufbau und die Erhaltung von Demokratie auf dem afrikanischen Kontinent unterstützen und fördern.

### Entwicklungshilfe

15 der 25 EU-Mitgliedsstaaten werden von der EU-Afrika Strategie dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2015 die erforderlichen 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Die 10 neuen EU-Mitgliedsländer sollen im selben Zeitraum für diesen Budgetposten 0,33% veranschlagen.

### Nachhaltigkeit wirtschaftlicher Entwicklung und regionale Integration

Besser vernetzte afrikanische Strukturen „von AfrikanerInnen und für AfrikanerInnen“ sind ein klar definiertes Ziel der EU-Afrika Strategie. Den Ländern des afrikanischen Kontinents soll dabei ge-

holfen werden, sich in den Weltmarkt besser integrieren zu können. Regionale wirtschaftliche Integration in Afrika soll durch verstärkte Partnerschaft mit der Afrikanischen Union und anderen Initiativen unterstützt werden. Ferner sind für das Erreichen der UN-Millenniumziele auch vermehrt Initiativen in Richtung des fairen Handels notwendig.

### Investieren in Menschen

Dieses Kapitel der EU-Afrika Strategie zielt vor allem darauf ab, Kindern den freien Zugang zu Bildung zu garantieren und europäisch-afrikanische Partnerschaften im Schul- und Hochschulbereich zu fördern. Diese, über die öffentlichen und diplomatischen Beziehungen hinausreichenden Formen von Partnerschaft (Twinning Partnerships), sollen auch zwischen Parlamenten, Städten, Gemeinden, Unternehmen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen entstehen. Zusätz-

lich möchte die Europäische Union afrikanische Staaten bei der Verbesserung ihrer Gesundheitssysteme unterstützen.

Mit diesem Programm soll die EU-Afrika Strategie der Europäischen Union dabei helfen, eine gleichberechtigte Partnerschaft und tiefere Kooperation mit Afrika aufzubauen und den politischen Dialog mit afrikanischen Partnerinstitutionen, wie beispielsweise NEPAD, zu verstärken. Wie häufig von KritikerInnen angemerkt wird, kann die EU-Afrika Strategie inkohärentes Handeln der EU – wie etwa bei den European Partnership Agreements mit afrikanischen Einzelstaaten – auch künftig nicht verhindern, da sie als Strategiedokument nur empfehlenden und nicht völkerrechtlich bindenden Charakter hat. Dennoch lässt sie sich als erster Schritt zu einer tieferen Kooperation auf Augenhöhe zwischen der Europäischen Union und Afrika verstehen.



Wahlbeobachter der Europäischen Kommission

# Die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD)

Beim New Partnership for Africas Development (NEPAD) handelt es sich um das erste afrikanische Wirtschaftsstrategiedokument, das den Mangel an (Rechts-) Staatlichkeit, Sicherheit und Demokratie in vielen afrikanischen Ländern anerkennt.

Zudem ist NEPAD ein Bekenntnis afrikanischer Staats- und Regierungschefs zu Afrikas Eigenverantwortung in der Lösung dieser Probleme. Es handelt sich

also um ein Dokument „von Afrika und für Afrika“.

Wie sieht diese neue Partnerschaft konkret aus? NEPAD ist weder einem

schon etablierten Staatenbund, noch einer Internationalen Organisation entsprungen. Die Partnerschaft wurde von ihren Gründungsmitgliedern selbst am

11. Juli 2001 in Lusaka aus der Taufe gehoben. Inzwischen sind alle afrikanischen Staaten – bis auf Marokko – Mitglieder dieser Organisation.

Seiner Struktur nach besteht NEPAD aus drei wichtigen Teilen: Das NEPAD Heads of State Committee, dem ausgewählte Staats- und Regierungschefs angehören, steuert die Arbeit der Partnerschaft. Ein NEPAD Steering Committee bereitet die wichtigsten Entscheidungen vor. Das in Johannesburg ansässige NEPAD Secretariat ist für die Implementierung von Entscheidungen und für die Koordination des Tagesgeschäfts zuständig.

Vision und Intention gleichermaßen war die Schaffung eines Rahmens für konzertiertes und gemeinsames Auftreten des afrikanischen Kontinents. Afrika soll in Verhandlungen mit den G8-Staaten und in internationalen Organisationen mit einer Stimme für seine Anliegen und Rechte sprechen können. Die wichtigsten Bereiche, innerhalb derer diese Einheit zum Ausdruck kommen soll, sind:

**Schaffung und Erhalt von Frieden und Sicherheit** stellen wichtige Herausforderungen für NEPAD dar, denn Diktaturen, Bürgerkriege und Phänomene des Staatszerfalls haben eine ganze Reihe von Ländern weitgehend politisch destabilisiert.

**Mehr regionale Integration** wird als Chance begriffen, aus den Fehlern der Kolonialzeit zu lernen und gleichzeitig wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen. Davon verspricht sich NEPAD auch mehr politische Stabilität.

**Sowohl Good Governance als auch Demokratie** können zu Wachstum und Wohlstand eines Landes einen entscheidenden Beitrag leisten. Deshalb hat NEPAD den so genannten African Peer Review Mechanism (APRM) geschaffen. Dabei überwachen die NEPAD-Staaten ihre Politik in den Bereichen Recht, Administration, öffentliche Partizipation, Wohlfahrtsstaatlichkeit und Menschenrechte selbst.

Auf der Grundlage der erhobenen Ergebnisse wird ein Report erstellt, der

für alle Staaten einsehbar und öffentlich zugänglich ist.

**Die Verbesserung der Lebensbedingungen für die BewohnerInnen Afrikas** – z.B. durch Förderprogramme von KleinunternehmerInnen – ist NEPAD ein zentrales Anliegen.

Die, in vielen afrikanischen Staaten existierenden Probleme mit infektiösen Krankheiten, wie **HIV/AIDS** möchte NEPAD ebenfalls in den Griff bekommen. Denn an den Wurzeln des Problems – Nicht-Leistbarkeit von und Knappheit an medizinischer Versorgung – konnte bisher wenig geändert werden.

**Die Weiterentwicklung der Fähigkeiten der Menschen in Afrika** ist für NEPAD von zentraler Bedeutung. Eigene NEPAD-Trainingsprogramme sollen die Negativeffekte von Brain Drain und Unterentwicklung weitestgehend kompensieren.

Orientiert an diesen Eckpunkten soll sich Afrika im Lichte der Eigenverantwortung neu positionieren. Wenngleich sich die Partnerschaft in den letzten Jahren nur sehr langsam weiterentwickelt hat, so liegt ihr mögliches Erfolgsgeheimnis vermutlich darin, dass es sich dabei um ein Bündnis „von AfrikanerInnen und für AfrikanerInnen“ handelt.

Viele afrikanische Probleme können auf nationalstaatlicher Ebene nicht mehr gelöst werden und bedürfen daher einer intra-kontinental entwickelten Strategie. NEPAD kann dabei einen entscheidenden Beitrag leisten.

Afrikanische Abgeordnete bei der Konferenz in Kapstadt



Ein Projekt des **nord  
süd**

gefördert durch **Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit**

Nord -Süd Institut für Entwicklungszusammenarbeit Gemeinnützige GmbH  
Möllwaldplatz 5/3. Stock | A-1040 Wien/Österreich  
Tel: +43 (0) 1 505 44 92 | Fax +43 (0) 1 505 44 92-20  
office@nordsued.at | www.nordsued.at  
Firmenbuch FN 134811b HG Wien | DVR 0772267

Bankverbindung: Bank Austria Creditanstalt  
Konto 687 098 806 | BLZ 12 000

Redaktion: Nadja Schuster, Jutta Kepplinger, Inge Jäger  
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net  
Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen wieder und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit dar. Dieser Newsletter soll in der Projektlaufzeit (Mai 2005-April 2007) insgesamt acht mal herausgegeben werden.

